



Gemeinderat

Protokoll Nr. 6/2013

Datum Donnerstag, 24. Oktober 2013

Dauer 13:00 - 21:20 Uhr

Anwesend

Präsidentin Martha Widmer-Spreiter

Mitglieder	Romano Cahannes	Dr. Jürg Kappeler
	Rita Cavegn Hänni	Franco Lurati
	Mario Cortesi	Dr. Carla Maissen
	Guido Decurtins	Anita Mazzetta
	Christian Durisch	Adrian J. Meier
	Tina Gartmann-Albin	Dr. Hans Martin Meuli
	Stefan Grass	Beath Nay
	Thomas Hensel	Dr. Giancarlo Sala
	Oliver Hohl	Michael Trepp
	Dr. Dominik Infanger	Susanne von Rechenberg

Stadtrat Stadtpräsident Urs Marti
Stadträtin Doris Caviezel-Hidber
Stadtrat Tom Leibundgut

Protokoll Stadtschreiber Markus Frauenfelder



Traktanden

1. Protokoll der Sitzung vom 19. September 2013
2. Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 - Bericht zum Auftrag der GPK betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %
3. Botschaft Überprüfung von Organisation und Prozessen im Departement 3, insbesondere Reorganisation der Werkhöfe Gartenbau und Werkbetrieb; Schlussbericht OBТ, Projektaufträge
4. Fragestunde gemäss Art. 61 Geschäftsordnung (bei Bedarf)

Zu Beginn der Sitzung würdigt die Gemeinderatspräsidentin **alt Stadtrat Arno Liesch** (SP), der am 28. September 2013 im 87. Altersjahr verstorben ist. Sie lässt dazu seinen Lebenslauf und die Eckwerte seiner politischen Laufbahn Revue passieren. Der Rat legt eine Schweigeminute ein.

1. **Protokoll der Sitzung vom 19. September 2013**

Das Protokoll der letzten Sitzung wird einstimmig genehmigt.



2. Botschaft Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0 - Bericht zum Auftrag der GPK betreffend Reduktion des finanzwirksamen Aufwands, Stand Voranschlag 2013, während der laufenden Legislatur um mindestens 5 %

Antrag

1. *Vom Bericht des Stadtrates zum Auftrag der GPK wird Kenntnis genommen.*
2. *Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat sämtliche in seine Kompetenz fallenden Massnahmen umsetzen wird.*
3. *Anträge zu den in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Massnahmen:*
 - 3.1. *Die Massnahme 5003 S, Reise- und Verpflegungszulagen, wird genehmigt.*
 - 3.2. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung einer Veranstaltungsabteilung zu unterbreiten (Massnahme 5006 G).*
 - 3.3. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung einer Tourismusabgabe zu unterbreiten (Massnahme 1005 G).*
 - 3.4. *Das Finanzierungsverhältnis bei der Pensionsversicherung der Angestellten (inkl. Stadtrat) von bisher 60 : 40 wird auf 50 : 50 geändert (Anpassung von Art. 42 des Gesetzes über die Pensionskasse Stadt Chur, RB 261). Der Stadtrat trifft geeignete Massnahmen, um die Auswirkungen dieser Massnahme abzufedern.*
 - 3.5. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung einer Konzessionsabgabe für den Einsatz von Wärmepumpen zu unterbreiten (Massnahme 1301 G).*
 - 3.6. *Bauliche Massnahmen mit dem Ziel der Erreichung der Vorgaben des Energiekonzepts 2020 im Umfang von jährlich 180'000 Franken werden bis auf weiteres sistiert (Massnahme 1341 V).*
 - 3.7. *Der Bezug von teurem Ökostrom mit dem Ziel der Erreichung der Vorgaben des Energiekonzepts 2020 im Umfang von jährlich 30'000 Franken wird bis auf weiteres sistiert (Massnahme 1342 V).*
 - 3.8. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Erhöhung der Handänderungssteuern von aktuell 1,5 % auf 2,0 % zu unterbreiten (Anpassung Steuergesetz, RB 511; Massnahme 1401 G).*



- 3.9. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Erhöhung der Liegenschaftensteuern von aktuell 0,5 Promille auf 1,0 Promille zu unterbreiten (Anpassung Steuergesetz, RB 511; Massnahme 1402 G).*
- 3.10. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der zwei-sprachigen Kindergärten zu unterbreiten (Anpassung Schulgesetz, RB 711; Massnahme 2001 V).*
- 3.11. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der zweisprachigen Klassen Primarstufe zu unterbreiten (Anpassung Schulgesetz, RB 711; Massnahme 2002 V).*
- 3.12. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung des zweisprachigen Angebots auf der Sekundarstufe I zu unterbreiten (Anpassung Schulgesetz, RB 711; Massnahme 2006 V).*
- 3.13. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der Entlastungslektionen Modell C Sekundarstufe I 3. Klasse zu unterbreiten (Anpassung Verordnung zur Führung der Sekundarstufe I, RB 715; Massnahme 2003 V).*
- 3.14. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Kürzung der Beiträge an die ausserschulische Musikerziehung um 10 % zu unterbreiten (Anpassung Verordnung zum Kulturförderungsgesetz, RB 772; Massnahme 2007 S).*
- 3.15. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Reduktion der Aufgaben der Kulturkommission zu unterbreiten (Anpassung Kulturförderungsgesetz und Verordnung zum Kulturförderungsgesetz der Stadt Chur, RB 771 und 772; Massnahme 2434 S).*
- 3.16. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der Rechtsgrundlagen zu den städtischen Zusatzleistungen zu unterbreiten (RB 351 und 352; Massnahme 2701 V).*
- 3.17. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der Jugendkommission zu unterbreiten (Anpassung Gesetz und Verordnung über die Jugendförderung in der Stadt Chur, RB 361 und 362; Massnahme 2702 V).*
- 3.18. *Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage hinsichtlich Neuauflage der Teilrevision des Gesetzes über die Abwasseranlagen/Einführung einer*



Benutzungsgebühr (abgelehnt an der Volksabstimmung vom 23. September 2012) zu unterbreiten (RB 631 und 633; Massnahme 3041 G).

3.19. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Gebühren für Baubewilligungsverfahren zu unterbreiten (Massnahme 3120 G, Art. 90 Baugesetz inkl. Gebührenverordnung, RB 611 und 625)

3.20. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Gebühren für Folgeplanverfahren zu unterbreiten (Massnahme 3130 G, Art. 90 Baugesetz inkl. Gebührenverordnung, RB 611 und 625)

3.21. Auf die Ausführung des Wettbewerbsgewinners "Uccelin" als Kunst am Bau im Rahmen der Totalsanierung des Schulhauses Quader wird verzichtet.

4. Der Auftrag der GPK, an den Stadtrat überwiesen am 20. Dezember 2012, wird als erledigt abgeschrieben.

EINTRETEN

Die Vorlage des Stadtrates wird vom Gemeinderat grundsätzlich positiv aufgenommen. Der Auftrag mit der 5 %-Vorgabe sei erfüllt, doch gehe der Stadtrat mit Anträgen für Mehreinnahmen darüber hinaus. Diese seien zwingend für Investitionen zu reservieren. Unter Verweis auf die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 1.0 wird betont, dass das von der Vorbereitungscommission geschnürte Paket beiden politischen Lagern Opfer abverlangt habe; dies sei auch bei der vorliegenden Version 2.0 anzustreben.

- **Antrag der FDP-Fraktion**

"Die Anträge gemäss Ziffer 3 seien in folgender Reihenfolge zu behandeln: Zuerst die Anträge, die eine Reduktion des finanzwirksamen Aufwands bewirken, und erst daran anschliessend diejenigen Anträge (Ziff. 3.2, 3.3, 3.5, 3.8, 3.9, 3.18, 3.19 und 3.20), die Mehreinnahmen zur Folge haben."

- **Antrag der FDP-Fraktion**

"Auf Ziff. 3.21 betreffend Ausführung des Wettbewerbsgewinners "Uccelin", sei nicht einzutreten."



GPK-Präsident Cahannes führt aus, der Stadtrat habe seinen Auftrag erfüllt. Er habe den Auftrag zur Chefsache erklärt und diesen ohne externe Berater ausgeführt. Vorliegend gehe es um eine Sanierung des städtischen Haushalts bzw. darum, Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht zu bringen. Damit gehe es insbesondere nicht um Einzelpositionen. Zwar seien die Laufende Rechnung und die Investitionsrechnung auseinanderzuhalten, dennoch gehe es aber um beides. Er appelliere heute an Solidarität und Kompromissbereitschaft des Rates. Es gehe um eine Opfersymmetrie, was bedeute, dass einzelne Abstriche das ganze Paket gefährdeten, sofern sie nicht durch andere Massnahmen kompensiert würden.

In der Debatte wird darauf verwiesen, dass die bestehende Standortqualität von Chur nicht zu einem Dumpingpreis zu haben sei. Dort, wo diese Qualität auf dem Spiel stehe, müsse man sich wehren. Der Weg über mehr Gebühren wird als nicht richtig bezeichnet, vielmehr sei bei den Steuern anzusetzen, wo Chur sehr tief sei. Kritisch werden auch die Steuersenkungen des Kantons betrachtet, welche letztlich bei den Gemeinden zu Problemen führten. Auch seien deshalb keine Mehransiedlungen von Unternehmen in Chur zu verzeichnen. Es sei wichtig, dass die Mitglieder des Grossen Rates des Kreises Chur für den Zentrumslastenausgleich einstünden. Zudem sei das Potenzial für Mehreinnahmen im Gewässerschutzbereich auszureizen, die Bemühungen um E-Government zu verstärken und das Personal zu Verbesserungsvorschlägen zu motivieren.

Dem Hinweis betreffend Steuersenkungen wird entgegnet, dass die Stadt im Jahr 2012 im Vergleich mit dem Jahr 2000 25 % mehr einnehme, von Steuergeschenken könne also keine Rede sein. Hingegen habe sich im gleichen Zeitraum der finanzwirksame Aufwand von 150 auf 200 Mio. Franken erhöht. Zuerst müsse also bei den Ausgaben angesetzt werden. Hinsichtlich Gebührenerhöhungen wird angemerkt, dass diese bei Spezialfinanzierungen nicht einfach in den allgemeinen Haushalt abgeführt werden könnten. Hingegen seien die städtischen Leistungen vermehrt verursachergerecht anzubieten.

Das Personal habe bisher die grössten Opfer gebracht. Hier stehe die Attraktivität der Stadt als Arbeitgeberin auf dem Spiel. In der Vergangenheit seien zudem für die Stadt wichtige Mehreinnahmen abgelehnt worden.

Die **Gemeinderatspräsidentin** appelliert an den Rat als gewählte Volksvertreter/-innen, die Vorlage konstruktiv und mit Fokus auf die Stadtfinanzen zu beraten.



Der **Stadtpräsident** führt einleitend aus, der Stadtrat werde mit der vorliegenden Botschaft dem Auftrag des Gemeinderates zu 100 % gerecht. Die Verantwortung gegenüber dem Gesamten müsse über Partikularinteressen stehen. Allerdings sei die Abwägung zwischen dem Wohl der Stadt und den Interessen der Wählenden nicht einfach. Aktuell präsentiere sich die Situation so, dass im Voranschlag 2013 trotz Einsparungen aus ALÜ 1.0 ein Defizit von 7 Mio. Franken budgetiert sei. Rechne man die Abschreibungen hinzu, ergebe dies einen Cash-Flow von 9 Mio. Franken. In diesem Umfang könnten Investitionen getätigt werden, notwendig wären aber 25 - 30 Mio. Franken. Wolle man eine jährliche Neuverschuldung von rund 20 Mio. Franken verhindern, müsse die Laufende Rechnung verbessert werden. Das Beispiel verdeutliche, dass Sparmassnahmen allein nicht ausreichen, weshalb der Stadtrat auch Vorschläge für Mehreinnahmen unterbreite. Er habe bei seinen Massnahmenvorschlägen Prioritäten gesetzt, die vom Gemeinderat anders beurteilt werden könnten. Allerdings müsse dabei die Balance zwischen Sparmassnahmen und Mehreinnahmen gewahrt werden. Der Zuwachs beim Aufwand von 45 Mio. Franken sei zu je der Hälfte auf Sachaufwand sowie Personalaufwand zurückzuführen. Beim Rückgang der Steuern von 20 Mio. Franken entfielen 7 Mio. Franken auf Steuersenkungen, der Rest ungefähr zu gleichen Teilen auf die allgemeine Wirtschaftslage, Veränderungen bei Sitzgesellschaften sowie Umstrukturierung bei grossen nationalen Gesellschaften. Auch Familien und Liegenschaftenbesitzende seien steuerlich entlastet worden, in etwa im gleichen Umfang wie die juristischen Personen. Bei den natürlichen Personen seien die Senkungen durch die Zuzüge aufgefangen worden, jedoch sei keine Steigerung zu verzeichnen. Das Paket der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 1.0 habe Massnahmen im Umfang von rund 30 Mio. Franken umfasst, davon seien aber lediglich 5.3 Mio. Franken effektiv umgesetzt worden, v.a. beim Personal. Insbesondere hier gelte es bei ALÜ 2.0 die Opfersymmetrie zu beachten. Aus diesem Grund solle ALÜ 2.0 integral überwiesen werden, damit ALÜ 1.0 korrigiert werden könne. Der Stadtrat habe sich bemüht, ein Paket mit kleinstmöglichen Schäden zu schnüren. Obschon gegenüber dem Personal im Rahmen von ALÜ 1.0 Versprechungen gemacht worden seien, habe sich der Stadtrat nicht gescheut, nochmals Vorschläge betreffend Personal zu machen. Allerdings solle es nicht wieder passieren, dass primär beim Personal gespart werde. Die Zusatzeinnahmen würden ausschliesslich für die Investitionen gebraucht. Was den geforderten Zentrumslastenausgleich angehe, so setze er sich als Grossrat stark für die Interessen von Chur ein; aktuell komme die Stadt viel zu schlecht weg. Immerhin habe sich der Saldo seit der Vernehmlassung zur FA-Reform für Chur um rund 2 Mio. Franken verbessert. Eine allfällige Steuererhöhung werde für das GESAK erforderlich; eine Steuererhöhung, um die Laufende Rechnung ins Gleichgewicht zu bringen, wäre das Ende des GESAK.



DETAILBERATUNG

Der **Antrag** Infanger, zuerst die Sparmassnahmen durchzuberaten, gilt mangels Gegenantrag als **genehmigt**.

In der Folge hat der Gemeinderat die Möglichkeit, sich zu jeder einzelnen Massnahme zu äussern.

DEPARTEMENT 1

Massnahme Nr. 1020 V, Reduktion Empfang Stadthaus

Hensel regt an, dass bei einer neuen Lösung an ältere Menschen sowie Menschen mit einer Behinderung gedacht wird (Führung).

Massnahme Nr. 1150 S, Änderung Finanzierungsverhältnis Pensionskasse auf 50 : 50

- **Antrag** Kappeler

"Ab 1. Januar 2014 werden offene Stellen, welche durch Austritte entstehen, in all denjenigen Politikbereichen, die dies gesetzlich zulassen, nicht mehr besetzt. Diese Massnahme gilt solange, bis eine Einsparung im Personalaufwand von 2 Mio. Franken erreicht ist."

Gegen den Antrag des Stadtrates werden die zahlreichen Abbaumassnahmen im personellen Bereich der letzten Jahre angeführt; das Personal habe seinen Beitrag geleistet. Zudem gebe es zahlreiche Unternehmungen, die ebenfalls ein Finanzierungsverhältnis von 60 : 40 besässen. Die umfassende Lohnvergleichsanalyse der Firma Perinnova habe zudem ergeben, dass die Angestellten nicht zu viel verdienten; die vorgeschlagene Massnahme verschlechtere diese Situation aber zusätzlich. Hinzu kämen die anderen Massnahmen im personellen Bereich, welche das Personal ebenfalls zusätzlich belasteten. Die Qualität der öffentlichen Dienstleistungen stehe auf dem Spiel; das Personal habe vielmehr eine Würdigung verdient.



Für den Antrag des Stadtrates wird argumentiert, die Würdigung des Personals bestehe in einer Regelung, welche die Mitarbeitenden der Stadt in den letzten Jahren gegenüber anderen Arbeitnehmenden privilegiert habe. Der gestaffelte Abbau vereitle zudem das Ziel des Auftrags, die Einsparungen bis Ende der Legislatur zu erreichen.

Der **Stadtpräsident** verweist auf den Zuwachs beim Personalaufwand, wobei eine gewisse Äquivalenz zwischen Lehrpersonen und Verwaltungsangestellten feststellbar sei. Die Lohnkosten seien um 21 % gestiegen, die Teuerung habe 6 % betragen. Belastend sei zudem ein lohnsystembedingter Lohnzuwachs von rund 1 Mio. Franken jährlich (Stufenanstieg). Bei den Lehrpersonen zahle die Stadt marktgerechte Löhne, bei den übrigen Angestellten bestünden Probleme bei den sehr tiefen sowie den Kaderlöhnen. Die hohe Anzahl Bewerbungen auf vakante Stellen belege, dass die Stadt nach wie vor eine attraktive Arbeitgeberin sei. Beim Lohnsystem gebe es verschiedene Aspekte, die hinterfragt werden müssten. Eine sofortige Umstellung beim Finanzierungsverhältnis der Pensionskasse würde vorab die tiefsten Löhne empfindlich treffen, weshalb der Stadtrat dies gestaffelt umsetzen wolle.

Zum Hinweis des Stadtpräsidenten betreffend Lohnsystem wird vermerkt, die Personalverordnung sehe genügend Instrumente (Bonus/Malus) vor. Die beantragte Umfinanzierung sei ein erneuter, massiver Abbau.

GPK-Präsident Cahannes bezeichnet den Antrag Kappeler als absolut unrealistisch. Das Verhältnis von 50 : 50 sei beim Kanton Usus; die Umfinanzierung sei auch gegenüber den Steuerzahlenden ein gutes Beispiel von Opfersymmetrie.

Die **Gemeinderatspräsidentin** bittet Kappeler, für seinen **Antrag** einen Auftrag einzureichen.

**Abstimmung:**

Antrag Ziff. 3.4 des Stadtrates (Pensionsversicherung) wird mit 13 zu 6 Stimmen bei 2 Enthaltungen angenommen.

Massnahme Nr. 1341 V, Energiekonzept 2020, Bauliche Massnahmen

Frau **Mazzetta** findet es wichtig, dass durch den Verzicht auf diese Massnahme das Label Energiestadt nicht riskiert wird.

Der **Stadtpräsident** sieht das Label nicht gefährdet. Wichtig sei, dass die Stadt weiterhin investieren könne. Bei grösseren Vorhaben könne die Sistierung der Massnahme überkompensiert werden. Klar sei auch, dass dort, wo ohnehin saniert werden müsse, energieoptimiert saniert werde.

Massnahme Nr. 1342 V, Ökostrom Energiestadt, Energiekonzept 2020

2 Wortmeldungen.

Massnahme Nr. 1350 O, Prüfen der Organisation, Tarife/Beiträge (Einheimischentarif)

Hensel möchte wissen, was seitens Stadtrat geplant ist, und stellt einen eventuellen Rückzug des SP-Auftrags betr. Einheimischentarif in Aussicht.

Massnahme Nr. 1351 O, Eisfeld Quaderwiese - Schliessung

Da synthetisches Eis relativ grosse bauliche Eingriffe erfordere, möchte Frau **Mazzetta**, dass für die Eisplatte auch alternative Standorte geprüft werden, z.B. der Theaterplatz. Der **Stadtpräsident** sagt dies zu.

DEPARTEMENT 2***Massnahmen 2001 V, 2002 V, 2006 V "Zweisprachigkeit"***

Das Thema Zweisprachigkeit ist zweifellos das kontroverseste Thema der ganzen Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0. Dies zeigen die Reaktionen in den Medien im Vorfeld der Sitzung, aber auch die Debatte im Gemeinderat.



Das Thema Zweisprachigkeit findet breite Zustimmung. Für eine Beibehaltung wird angeführt, dass in Chur drei Sprachen gesprochen würden, dass sich das Modell seit 13 Jahren bewähre und wissenschaftlich fundiert sei. Es sei vor 5 Jahren definitiv vom Gemeinderat eingeführt worden und dürfe nun nicht leichtfertig dem Sparen geopfert werden. Die Stadt dürfe nicht zu Tode gespart werden. Zu prüfen seien zudem Kompensationsmassnahmen (Mehreinnahmen seitens Kanton, Schulgelder). Auf dem Spiel stehe die kulturelle Vielfalt, und die Befürwortenden wären auch bereit, ihrem Anliegen mittels Volksinitiative Nachdruck zu verschaffen. Unter Verweis auf die ursprüngliche Botschaft, wo von Mehrkosten von rund 70'000 Franken die Rede war, werden auch die Einsparungen in Zweifel gezogen. Dieser Umstand spricht für einige Votanten für die Vorlage einer Botschaft, welche klärend wirken könnte. Für den Antrag wird argumentiert, dass die Wirtschaft primär Englischkenntnisse fordere. Chur sei zudem eine deutschsprachige Stadt. Gegen die Botschaft wird eingewendet, dass diese reine Verzögerungstaktik sei; es gelte, heute einen "Pflock" für die Mehrsprachigkeit einzuschlagen.

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber erklärt, dem Stadtrat sei die Tragweite des Antrags sehr wohl bewusst. Es handle sich einfach um die am wenigsten schlechte Sparvariante bei der Stadtschule. Bereits im Rahmen der Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 1.0 seien zahlreiche Sparmassnahmen umgesetzt worden (Reduktion der Primarschulklassen, Aufhebung Tagesschule Passugg, Verlegung der zweisprachigen Angebote ins Schulhaus Rheinau, Anpassung der Schulgelder, Konzentration der IT-Klassen). Weitere mögliche Massnahmen wären die Aufhebung der Quartierbeschulung oder die Aufhebung eines Schulhauses. Mit der Einführung des Definitivums seien die Zulassungskriterien definiert worden. Das zusätzliche Bildungsangebot bedinge das Führen von zusätzlichen Klassen, konkret brauche es 10 Klassen mehr; diese könnten bei einer Aufhebung eingespart werden und die betreffenden Kinder würden wieder in die Regelklassen integriert, wo der Durchschnitt 18,5 Kinder betrage. Eine zusätzliche Botschaft bringe nichts, die Zahlen seien klar. Einkommensabhängige Schulgelder seien rechtlich problematisch, da das kantonale Schulgesetz die Unentgeltlichkeit vorschreibe. Zudem wehre sie sich dagegen, dass dieses Angebot nur für Kinder gut situerter Eltern zugänglich sei. Aktuell sei einzig das Leistungs- und Entwicklungsvermögen des Kindes entscheidend. Es sei wichtig, Sicherheit für die Betroffenen zu schaffen.

Abstimmung:

Die Anträge 3.10 - 3.12 (Massnahmen 2001 V, 2002 V, 2006 V) werden in globo mit 12 zu 9 Stimmen abgelehnt.

**Massnahme 2007 S, Kürzung der Beiträge an die ausserschulische Musikerziehung**

Frau **Cavegn Hänni** wendet sich im Namen der SP-Fraktion gegen diese Massnahme. Sie werde unter anderem zu mehr Erlassgesuchen und zu einem Rückgang der Schülerzahlen führen.

In der Diskussion wird Aufschluss über die Konsequenzen auf die Musikschule und die Auswirkungen auf finanzschwache Familien verlangt.

Diese Voten führen zu heftigen Reaktionen. Zum einen wird nach Kompensationsmassnahmen gefragt, zum anderen wird bemerkt, man beerdige mit diesem Gebaren die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 2.0.

- **Antrag** Frau Mazzetta

"Als Kompensation für die 10 %ige Einsparung der ausserschulischen Musikerziehung werden 50'000 - 100'000 Franken beim Strassenunterhalt eingespart (Massnahme 3051)."

Dem Antrag wird entgegnet, er verletze die geforderte Opfersymmetrie zwischen Departementen und Anspruchsgruppen. Es handle sich zudem um aufgeschobenen Unterhalt. **Stadtrat Leibundgut** verweist auf die Priorität 3 der Massnahme 3051. Effektiv wären 4.3 Mio. Franken an Unterhalt erforderlich, aktuell habe man 2.1 Mio. Franken zur Verfügung. Man mache aktuell nur das Nötigste.

Abstimmungen:

- Auf den Antrag des Stadtrates entfallen 12 Stimmen, auf den Antrag Frau Mazzetta 8 Stimmen bei 1 Enthaltung.
- Der Antrag des Stadtrates wird mit 12 zu 9 Stimmen angenommen.

Der **Stadtpräsident** appelliert an den Rat, nun einen Dominoeffekt zu vermeiden. Werde das Sparziel verfehlt, wäre man gezwungen, die Investitionsrechnung auszudünnen oder aber eine erhebliche Neuverschuldung in Kauf zu nehmen.

**Massnahme Nr. 2434 S, Reduktion der Aufgaben der Kulturkommission**

Stadträtin Doris Caviezel-Hidber teilt mit, dass die Kulturkommission den Antrag stelle, statt die Aufgaben, ihre Entschädigung um 5'000 Franken zu reduzieren. Der Stadtrat lehne dieses Ansinnen jedoch ab. Aktuell sei es so, dass die Kuko den Stadtrat in allen kulturellen Belangen berate, was zu einer Ausweitung ihrer Aufgaben führe. Angestrebt werde, dass die Kuko lediglich noch konkrete Gesuche behandle.

- **Antrag** Infanger (= Antrag der Kuko)

"Die Entschädigung der Kuko sei um jährlich 5'000 Franken zu reduzieren."

Das Vorgehen der Kulturkommission wird kritisiert und deren Befugnis, Anträge zu stellen, infrage gestellt. Zudem wird vermerkt, ihr Anliegen könne im Rahmen der Botschaft eingebracht werden.

Infanger zieht seinen Antrag **zurück**.

Abstimmung:

Mangels Gegenantrag gilt Antrag Ziff. 3.15 als einstimmig angenommen.

Massnahme Nr. 2701 V, vollständige/teilweise Aufhebung der städtischen Zusatzleistungen

Hensel wendet sich im Namen der SP-Fraktion gegen diesen Antrag. Es dürfe nicht auf Kosten der Schwächsten gespart werden. Die zunehmende Armut werde dabei ausgeblendet. Das Gesetz enthalte klare Kriterien. Das Problem liege bei den Mieten in der Stadt, die zu hoch seien; hier gelte es, anzusetzen. Als Kompensation sei die Liegenschaften-Steuer um 0,6 Promille zu erhöhen.

Gegen diesen Antrag wird die starke Zunahme bei der Sozialen Wohlfahrt angeführt, die in der Botschaft erwähnt ist. Zudem gehe diese Leistung zu 100 % zu Lasten der Stadt, während dies bei vermehrter Beanspruchung von Sozialhilfe nicht der Fall sei. Letztere sei für die Stadt "attraktiver".

**Abstimmung:**

Der Antrag wird mit 13 zu 7 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.

DEPARTEMENT 3***Massnahme Nr. 2900 S, Reduktion Waldbewirtschaftung***

Stadtrat Leibundgut führt aus, es handle sich vorliegend um einen Fehler. Diese Massnahme gehöre in Priorität 3, man könne es sich nicht leisten, hier zu sparen.

Massnahme Nr. 3054 S, öffentliche Brunnenanlagen reduzieren

Zu dieser Massnahme wird vermerkt, man solle sich bei jeder anstehenden Sanierung überlegen, ob der betreffende Brunnen noch gebraucht werden. Zudem wird angeregt, eine Brunnenpatenschaft zu prüfen.

Massnahme Nr. 3055 V, gänzlicher Verzicht auf Kartonsammlung

Frau **Mazzetta** verweist auf den Auftrag, den sie heute eingereicht hat. Hohl zieht das Sparpotenzial unter Hinweis auf die Aufgaben- und Leistungsüberprüfung 1.0 in Zweifel. **Stadtrat Leibundgut** erklärt, man habe sehr wohl Einsparungen erzielt, frei werdende Ressourcen seien aber in anderen Bereichen eingesetzt worden. **Kappeler** regt die Einführung einer Spezialfinanzierung in der Abfallentsorgung an. Diese entlaste den allgemeinen Haushalt allerdings nicht.

Massnahme Nr. 3150 O, Friedhofschliessungen

Hohl sieht vorliegend ein gutes Beispiel, wie flexibel die Stadt arbeiten könne, wenn sie nicht alles selbst mache. Sie seien dezidiert der Meinung, dass mehr extern vergeben werden sollte. Vorliegend sei der Beweis erbracht worden, dass mit einer geschickten Ausschreibung Geld gespart werden könne. **Stadtrat Leibundgut** führt aus, dass pauschale Aussagen schwierig seien, jeder Fall müsse einzeln geprüft werden.



Kompensation der gestrichenen Sparmassnahmen

Nach dem Abschluss der Beratung der Sparmassnahmen diskutiert der Rat die Frage, wie die gestrichenen Sparmassnahmen kompensiert werden sollen. Der SP-Fraktion wird vorgeworfen, sie wolle eine Steuererhöhung. Der **GPK-Präsident** führt aus, der Auftrag der GPK sei zwar durch den Stadtrat, nicht aber vom Gemeinderat erfüllt worden. Die Einsparungen beliefen sich auf lediglich 6.5 Mio. Franken. Er sichere seine volle Zustimmung zu sämtlichen Mehreinnahmen zu, sofern die 5 %-Vorgabe erreicht werde. Diese beziehe sich auf die laufende Legislatur, und der Spardruck müsse unbedingt aufrechterhalten werden. Die GPK sei sich bewusst gewesen, dass die Verschuldung vorderhand zunehmen werde. Je schneller das Sparpaket geschnürt werde, desto schneller könne die Verschuldung gestoppt werden. Der Auftrag könne nicht abgeschrieben werden.

- **Antrag Hensel**

"Über sämtliche Massnahmen für Mehreinnahmen sei in globo abzustimmen."

- **Antrag GPK-Präsident**

"Solange das 5 %-Sparziel nicht erreicht ist, sei auf sämtliche Mehreinnahmen zu verzichten."

Der **Stadtpräsident** möchte, auch wenn das Sparziel nicht erreicht wurde, mit den Einnahmen Parität herstellen. Dies sei notwendig, um nicht in die roten Zahlen zu kommen, aber auch als Signal gegenüber dem Personal wichtig.

Gegen den Antrag des GPK-Präsidenten regt sich heftiger Widerstand. Nun, da alle Sparmassnahmen durchberaten sind bzw. diesem Vorgehen zugestimmt wurde, wolle man die Entscheide über Mehreinnahmen sistieren.

- **Antrag Hohl**

"Bis auf die Massnahme 1402 (Erhöhung der Liegenschaftensteuer) sind alle Anträge in Bezug auf Gebühren im Sinne des Stadtrates zu unterstützen."

Hohl führt aus, die Bürgerlichen hätten allen Sparmassnahmen zugestimmt, die Linke hingegen nicht. Im Sinne der Opfersymmetrie sei den Anträgen zu Mehreinnahmen bis auf Massnahme 1402 zuzustimmen.



Infanger spricht sich im Namen der FDP-Fraktion für Cahannes aus. Der Auftrag sei 5 % gewesen, und sie blieben konsequent. Sie würden auch den erforderlichen Gesetzesänderungen nicht zustimmen bzw. Volksabstimmungen erwirken.

Dagegen wird eingewendet, die zweisprachigen Schulen seien mit Unterstützung bürgerlicher Kreise gestrichen worden. Die Opfersymmetrie werde missbraucht.

- **Antrag Hohl auf Schluss** der Diskussion

Hensel zieht seinen Antrag zugunsten desjenigen von **Hohl** zurück.

Abstimmung:

Auf den Antrag Schluss der Diskussion entfallen die erforderlichen 2/3 der Stimmen.

Abstimmungen:

- Der Antrag, über sämtliche Mehreinnahmen in globo abzustimmen, wird mit 17 zu 4 Stimmen angenommen.
- Der Antrag Hohl, allen beantragten Mehreinnahmen exklusive der Massnahme Nr. 1402, Liegenschaftensteuer, zuzustimmen, wird mit 17 zu 3 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen.
- Antrag Ziff. 3.9, Erhöhung Liegenschaftensteuer (Massnahme 1402 G), wird mit 13 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.

Der **Stadtpräsident** teilt mit, dass er hinsichtlich des Auftrags der GPK mit dieser das Prozedere klären möchte, wie der Auftrag erfüllt werden könne, da sich die Basis desselben permanent verschiebe. Er wolle wissen, was die GPK konkret vom Stadtrat erwarte. Der **GPK-Präsident** erwidert, der Voranschlag 2013 werde auch in Zukunft die Basis bilden.

Hensel teilt mit, ihre Stimmenthaltung bei der Abstimmung über Antrag Ziff. 3.9, Erhöhung Liegenschaftensteuer, sei damit verbunden, dass die Diskussion über weitere Ausgaben weitergehe, sie wollten aber offen halten, dass die Liegenschaftensteuer als Gegenpart wieder ins Spiel komme.

**Schlussabstimmung:**

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Vom Bericht des Stadtrates zum Auftrag der GPK wird Kenntnis genommen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen, dass der Stadtrat sämtliche in seine Kompetenz fallenden Massnahmen umsetzen wird.
3. Anträge zu den in die Kompetenz des Gemeinderates fallenden Massnahmen:
 - 3.1. Die Massnahme 5003 S, Reise- und Verpflegungszulagen, wird einstimmig genehmigt.
 - 3.2. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung einer Veranstaltungsabgeltung zu unterbreiten (Massnahme 5006 G; 17 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).
 - 3.3. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung einer Tourismusabgabe zu unterbreiten (Massnahme 1005 G; 17 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).
 - 3.4. Das Finanzierungsverhältnis bei der Pensionsversicherung der Angestellten (inkl. Stadtrat) von bisher 60 : 40 wird auf 50 : 50 geändert (Anpassung von Art. 42 des Gesetzes über die Pensionskasse Stadt Chur, RB 261). Der Stadtrat trifft geeignete Massnahmen, um die Auswirkungen dieser Massnahme abzufedern (13 Ja- zu 6 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen).
 - 3.5. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Einführung einer Konzessionsabgabe für den Einsatz von Wärmepumpen zu unterbreiten (Massnahme 1301 G; 17 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).
 - 3.6. Bauliche Massnahmen mit dem Ziel der Erreichung der Vorgaben des Energiekonzepts 2020 im Umfang von jährlich 180'000 Franken werden bis auf weiteres sistiert (Massnahme 1341 V; einstimmig).
 - 3.7. Der Bezug von teurem Ökostrom mit dem Ziel der Erreichung der Vorgaben des Energiekonzepts 2020 im Umfang von jährlich 30'000 Franken wird bis auf weiteres sistiert (Massnahme 1342 V; einstimmig).



- 3.8. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Erhöhung der Handänderungssteuern von aktuell 1,5 % auf 2,0 % zu unterbreiten (Anpassung Steuergesetz, RB 511; Massnahme 1401 G; 17 Ja- zu 3 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).
- 3.9. Der Auftrag an den Stadtrat, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Erhöhung der Liegenschaftensteuern von aktuell 0,5 Promille auf 1,0 Promille zu unterbreiten (Anpassung Steuergesetz, RB 511; Massnahme 1402 G), wird mit 13 Stimmen bei 8 Enthaltungen abgelehnt.
- 3.10. Der Auftrag an den Stadtrat, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der zweisprachigen Kindergärten zu unterbreiten (Anpassung Schulgesetz, RB 711; Massnahme 2001 V), wird mit 12 zu 9 Stimmen abgelehnt.
- 3.11. Der Auftrag an den Stadtrat, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der zweisprachigen Klassen Primarstufe zu unterbreiten (Anpassung Schulgesetz, RB 711; Massnahme 2002 V), wird mit 12 zu 9 Stimmen abgelehnt.
- 3.12. Der Auftrag an den Stadtrat, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung des zweisprachigen Angebots auf der Sekundarstufe I zu unterbreiten (Anpassung Schulgesetz, RB 711; Massnahme 2006 V), wird mit 12 zu 9 Stimmen abgelehnt.
- 3.13. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der Entlastungslektionen Modell C Sekundarstufe I 3. Klasse zu unterbreiten (Anpassung Verordnung zur Führung der Sekundarstufe I, RB 715; Massnahme 2003 V; einstimmig).
- 3.14. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Kürzung der Beiträge an die ausserschulische Musikerziehung um 10 % zu unterbreiten (Anpassung Verordnung zum Kulturförderungsgesetz, RB 772; Massnahme 2007 S; 12 Ja- zu 9 Nein-Stimmen).
- 3.15. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Reduktion der Aufgaben der Kulturkommission zu unterbreiten (Anpassung Kulturförderungsgesetz und Verordnung zum Kulturförderungsgesetz der Stadt Chur, RB 771 und 772; Massnahme 2434 S; einstimmig).



- 3.16. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der Rechtsgrundlagen zu den städtischen Zusatzleistungen zu unterbreiten (RB 351 und 352; Massnahme 2701 V; 13 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung).
- 3.17. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Aufhebung der Jugendkommission zu unterbreiten (Anpassung Gesetz und Verordnung über die Jugendförderung in der Stadt Chur, RB 361 und 362; Massnahme 2702 V; einstimmig).
- 3.18. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage hinsichtlich Neuauf- lage der Teilrevision des Gesetzes über die Abwasseranlagen/Einführung einer Benutzungsgebühr (abgelehnt an der Volksabstimmung vom 23. September 2012) zu unterbreiten (RB 631 und 633; Massnahme 3041 G; 17 Ja- zu 3 Nein- Stimmen bei 1 Enthaltung).
- 3.19. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Gebühren für Baubewilligungsverfahren zu unterbreiten (Massnahme 3120 G, Art. 90 Baugesetz inkl. Gebührenverordnung, RB 611 und 625; 17 Ja- zu 3 Nein- Stimmen bei 1 Enthaltung)
- 3.20. Der Stadtrat wird beauftragt, dem Gemeinderat eine Vorlage zur Anpassung der Gebühren für Folgeplanverfahren zu unterbreiten (Massnahme 3130 G, Art. 90 Baugesetz inkl. Gebührenverordnung, RB 611 und 625; 17 Ja- zu 3 Nein- Stimmen bei 1 Enthaltung)
- 3.21. Auf den Antrag betreffend Ausführung des Wettbewerbsgewinners "Uccelin" als Kunst am Bau im Rahmen der Totalsanierung des Schulhauses Quader wird mit 13 zu 8 Stimmen nicht eingetreten.
4. Die Abschreibung des Auftrags der GPK, an den Stadtrat überwiesen am 20. Dezem- ber 2012, wird einstimmig abgelehnt.



3. Botschaft Überprüfung von Organisation und Prozessen im Departement 3, insbesondere Reorganisation der Werkhöfe Gartenbau und Werkbetrieb; Schlussbericht OBТ, Projektaufträge

Antrag

1. *Vom Schlussbericht zur Überprüfung von Organisation und Prozessen im Departement 3 wird Kenntnis genommen.*
2. *Die Massnahmen 2, 7, 9, 10, 11, 13 - 16, 18, 19, 20, 22, 24 - 26, 28 und 32 sind in der vorliegenden Reorganisation berücksichtigt und werden als erledigt abgeschrieben.*

Die Reorganisation wird vom Rat grundsätzlich positiv aufgenommen. Fragen werden zur Aufhebung der Schreinerei gestellt sowie zur Leitung der Grün und Werkbetrieb.

Stadtrat Leibundgut führt aus, die Schreinerin sei der Finanz- und Liegenschaftenverwaltung unterstellt worden, wo sie Kleinstaufträge erledigen könne, die sonst extern vergeben werden müssten. Die ARA sei deshalb beim Tiefbau- und Vermessungsamt belassen worden, weil es sich um eine komplexe Abteilung handle, die beim Stadtingenieur am besten aufgehoben sei. Die Zuordnung der Friedhöfe sei noch nicht zu 100 % klar; für die entsprechenden Abklärungen benötige man noch etwas Zeit.

Abstimmung:

Der Antrag des Stadtrates wird wie folgt zum Beschluss erhoben:

1. Vom Schlussbericht zur Überprüfung von Organisation und Prozessen im Departement 3 wird Kenntnis genommen.
2. Die Massnahmen 2, 7, 9, 10, 11, 13 - 16, 18, 19, 20, 22, 24 - 26, 28 und 32 sind in der vorliegenden Reorganisation berücksichtigt und werden einstimmig als erledigt abgeschrieben.



Nach der Behandlung dieses Traktandums bricht die **Gemeinderatspräsidentin** die Sitzung aus Zeitgründen ab; die restlichen Traktanden werden am 14. November 2013 behandelt.

Kappeler teilt mit, dass er seinen Auftrag betreffend innovativem Abwasserkonzept zurückziehe.

Eingang parlamentarischer Vorstösse

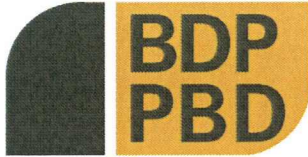
Die **Gemeinderatspräsidentin** gibt den Eingang der folgenden parlamentarischen Vorstösse bekannt:

- Auftrag **BDP-Fraktion** und Mitunterzeichnende zur Auslagerung von Aufgaben in die Privatwirtschaft.
- Auftrag **BDP-Fraktion** und Mitunterzeichnende zum kantonalen Beitrag an das Stadttheater.
- Auftrag **Fraktion Freie Liste Verda** und Mitunterzeichnende für eine kostendeckende und verursachergerechte Abfallentsorgung.
- Auftrag **FDP-Fraktion** und Mitunterzeichnende betreffend Einführung Schulgeld für zweisprachigen Schulunterricht.

Chur, 4. November 2013

Der Stadtschreiber:

Markus Frauenfelder



Auftrag BDP Fraktion zur Auslagerung von Aufgaben in die Privatwirtschaft

Die Kosten im Personalbereich (Stufenanstieg!) werden die Sparbemühungen des Gemeinde- und Stadtrates eher früher als später wieder einholen. Während es Aufgaben gibt, welche aus übergeordneten Erlassen zwingend von Städtischen Mitarbeitern ausgeübt werden müssen, gibt es eine Fülle von Aufgaben, welche die Stadt anbietet, ohne dass sie zu ihrem Kerngeschäft gehören. Um Personalkosten reduzieren zu können, ist es nachhaltiger, Stellen zu streichen und im Auftragsverhältnis an die Privatwirtschaft zu vergeben, als wenn dauernd an den Löhnen und den Sozialabgaben aller Mitarbeiter herumgeschraubt wird. Ausgelagerte Aufgaben könnten künftig im Bedarfsfall flexibler und zielgerichtet reduziert werden. Zudem könnten die Kosten durch eine gute Ausschreibung konstant gehalten werden, was bei eigenen Mitarbeitern aufgrund des Lohnstufenanstieges unmöglich ist. Die BDP Chur geht zudem davon aus, dass spezialisierte Unternehmungen aus der Privatwirtschaft spezifische Aufgaben effizienter erfüllen können. Nur der Stadtrat als operativ tätige Institution kann dem Gemeinderat kompetent aufzeigen, wo und wie die beschriebenen Aufgaben wahrgenommen werden, Vorschläge von unserer Seite her kämen aus einem Bauchgefühl und wären unvollständig. Ebenso muss der Stadtrat dem Gemeinderat aufgrund eigener Wertung aufzeigen, wo die Prüfung einer Auslagerung aus seiner Sicht Sinn machen und wo weniger. Aus Sicht der BDP Fraktion müssen sowohl Aufgaben mit grossen Kostenfolgen (Bsp. AfT, Gartenbau oder Liegenschaftenverwaltung) wie auch Aufgaben mit kleineren Kostenfolgen (Bsp. Wäschereinigung in der Oberen Au) unter die Lupe genommen werden.

Der Stadtrat wird beauftragt

1. eine Botschaft zu erarbeiten, in welcher dem Gemeinderat aufgezeigt wird, welche Aufgaben von der Stadt wahrgenommen werden, obwohl diese ebenfalls in der Privatwirtschaft verfügbar sind.
2. pro Aufgabe aufzuzeigen, wo aus Sicht des Stadtrates Chancen und Risiken einer Auslagerung bestehen.
3. pro Aufgabe dem Gemeinderat Antrag darüber zu stellen, ob eine Auslagerung weiterverfolgt werden soll oder nicht.

Chur, den 17. Oktober 2013, Gemeinderatsfraktion der BDP Chur

Olli



Stadt Chur

Bereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 27. OKT. 2013

[Handwritten Signature]
Thomas Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Auftrag BDP zur Anlagerung von Anlagen in die Privatwirtschaft

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		<i>[Signature]</i>
Cavegn Hänni Rita	SP		
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		<i>[Signature]</i>
Decurtins Guido	SP		
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP		
Grass Stefan, Ing. HTL	SP		
Hensel Thomas	SP		
Hohl Oliver	BDP		<i>[Signature]</i>
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		<i>[Signature]</i>
Lurati Franco	FDP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		<i>[Signature]</i>
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		<i>[Signature]</i>
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
Nay Beath	SVP		<i>[Signature]</i>
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP		<i>[Signature]</i>
Widmer-Spreiter Martha	BDP		<i>[Signature]</i>

Datum: _____



Auftrag BDP Fraktion zum Kantonalen Beitrag an das Stadttheater

Die Stadt Chur hat auf den verschiedensten Ebenen Zentrumslasten zu tragen, welche durch den Kanton ungenügend entschädigt werden. Für das Stadttheater zahlt die Stadt jährlich einen Betriebsbeitrag (VA 2013: CHF 860'000.-) und Gelder für den Immobilienaufwand (VA 2013: CHF 347'900.-). Das Stadttheater muss jedoch nicht primär als Churer, sondern als Bündner Institution betrachtet werden. Die Gemeinderatsfraktion der BDP sieht nicht ein, weshalb bei einem solchen Kulturgut, welche unbestrittenermassen kantonale Bedeutung hat, der Kanton in der Finanzierung nur eine untergeordnete Rolle spielt. Daher sollte der Stadtrat mit dem Kanton Gespräche aufnehmen, um die Kantonale Beteiligung markant zu erhöhen. Sollte dieser dazu nicht bereit sein, muss die Stadt Chur aus Sicht der BDP über den Beitrag an das Stadttheater neu urteilen und über eine Reduktion der Beiträge entscheiden.

Der Stadtrat wird von den Unterzeichnenden bis November 2014 beauftragt:

1. mit dem Kanton Gespräche zu führen, wie weit dieser bereit ist, künftig eine aktivere Rolle in Mitsprache und Finanzierung am Stadttheater Chur wahrzunehmen.
2. Dem Gemeinderat Bericht zu erstatten und über das geplante weitere Vorgehen Antrag zu stellen.

Chur, den 17. Oktober 2013, Gemeinderatsfraktion der BDP Chur



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatsitzung vom 24. OKT. 2013

Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Antrag BDP zum kantonalem Beitrag an das Stadtkloster

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)

~~AKH~~

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cavegn Hänni Rita	SP		
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		
Decurtins Guido	SP		
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP		
Grass Stefan, Ing. HTL	SP		
Hensel Thomas	SP		
Hohl Oliver	BDP		
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
Lurati Franco	FDP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
Nay Beath	SVP		
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP		
Widmer-Spreiter Martha	BDP		

Datum: _____

Fraktion Freie Liste Verda



Stadt Chur

eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 24. OKT. 2013

[Handwritten Signature]
Rudolf Frauenfelder, Stadtschreiber

Auftrag für eine kostendeckende und verursachergerechte Abfallentsorgung

Die Gemeinden sind gemäss Umweltschutzgesetz verpflichtet, die Entsorgung der Siedlungsabfälle kostendeckend zu finanzieren. Die Abfallgebühren haben die laufenden Kosten der Gemeinde für die Entsorgung der Siedlungsabfälle zu decken, z.B. für Sammlung und Transport, Verbrennung der brennbaren Abfälle, Lagerung der Schlacke, Entsorgung der separat gesammelten Abfälle, Kompostierung und Information. Aus den jährlich erhobenen Gebühren sind aber auch die notwendigen Rückstellungen bzw. Werterhaltungsreserven für allfällige Erneuerungen (Sanierung, Ersatz) von bestehenden Entsorgungsanlagen zu bilden (Art. 32a Abs. 3 USG). Die Finanzierung der Abfallentsorgung durch Steuermittel ist nicht mehr zulässig (Art. 32a Abs. 2 USG). Der Spielraum der Gemeinden bei der Ausgestaltung der Gebühren wird durch Art. 32a Abs. 1 USG eingeschränkt. Diese Bestimmung schreibt ausdrücklich vor, dass bei der Ausgestaltung der Gebühren die Art und Menge des übergebenen Abfalls zu berücksichtigen sind.

Die Unterzeichnenden beantragen den Stadtrat, folgende Massnahmen zu prüfen und dem Gemeinderat eine entsprechende Botschaft zu unterbreiten:

1. Der Stadtrat führt eine 100 Prozent kostendeckende und verursachergerechte Entsorgung der Siedlungsabfälle, inklusive Recycling ein.
2. Der Stadtrat prüft insbesondere auch Möglichkeiten, für eine kostendeckende und verursachergerechte Kartonsammlung.
3. Der Stadtrat weist alle Kosten und Einnahmen der Abfallentsorgung in einer Spezialfinanzierung transparent aus.

Chur, 24.10.2013

Für die Fraktion Freie Liste Verda

[Handwritten Signature]
Anita Mazzetta



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

 Auftrag

 Interpellation

Titel Auftrag für eine kostendeckende und verursachergerechte Abfallentsorgung

Erstunter-
zeichnende/r
(ankreuzen)

	Name	Partei	Unterschrift
<input type="checkbox"/>	Cahannes Romano	CVP	<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Cavegn Hänni Rita	SP	<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP	
<input type="checkbox"/>	Durisch Christian	SVP	
<input type="checkbox"/>	Gartmann-Albin Tina	SP	<i>T. Gartmann</i>
<input type="checkbox"/>	Grass Stefan, Ing. HTL	SP	<i>Stefan Grass</i>
<input type="checkbox"/>	Hensel Thomas	SP	<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Hohl Oliver	BDP	
<input type="checkbox"/>	Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP	
<input type="checkbox"/>	Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP	
<input type="checkbox"/>	Lurati Franco	FDP	
<input type="checkbox"/>	Maissen Carla, Dr. med.	CVP	<i>C. Maissen</i>
<input checked="" type="checkbox"/>	Mazzetta Anita	Freie Liste Verda	<i>A. Mazzetta</i>
<input type="checkbox"/>	Meier Adrian J.	Freie Liste Verda	<i>A. Meier</i>
<input type="checkbox"/>	Meuli Hans Martin, Dr.	FDP	
<input type="checkbox"/>	Nay Beath	SVP	
<input type="checkbox"/>	Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP	<i>G. Sala</i>
<input type="checkbox"/>	Scheel Nora <i>G. Acustinis</i>	SP	<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	Trepp Michael	Freie Liste Verda	<i>[Signature]</i>
<input type="checkbox"/>	von Rechenberg Susanne	BDP	
<input type="checkbox"/>	Widmer-Spreiter Martha	BDP	

Datum: _____

Auftrag der FDP-Fraktion: Einführung Schulgeld für zweisprachigen Schulunterricht

Der Stadtrat wird beauftragt, für jedes Kind, das den zweisprachigen Schulunterricht besucht, ein Schulgeld zu erheben, das die vom zweisprachigen Schulunterricht verursachten Mehrkosten vollständig deckt.

Chur, am 24. Oktober 2013



Stadt Chur

Eingereicht anlässlich der
Gemeinderatssitzung vom 24. OKT. 2013



Markus Frauenfelder, Stadtschreiber



Gemeinderat

Beiblatt zu parlamentarischen Vorstössen

Auftrag

Interpellation

Titel Einführung Schulgeld für zweisprachigen Schulunterricht

Erstunterzeichnende/r (ankreuzen)

-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-
-

Name	Partei	eingesehen (Visum)	Unterschrift
Cahannes Romano	CVP		
Cavegn Hänni Rita	SP		
Cortesi Mario, Ing. HTL/BWI NDS	SVP		
Decurtins Guido	SP		
Durisch Christian	SVP		
Gartmann-Albin Tina	SP		
Grass Stefan, Ing. HTL	SP		
Hensel Thomas	SP		
Hohl Oliver	BDP		
Infanger Dominik, Dr. iur.	FDP		
Kappeler Jürg, Dr. sc. techn.	GLP		
Lurati Franco	FDP		
Maissen Carla, Dr. med.	CVP		
Mazzetta Anita	Freie Liste Verda		
Meier Adrian J.	Freie Liste Verda		
Meuli Hans Martin, Dr.	FDP		
Nay Beath	SVP		
Sala Giancarlo, Dr. phil.	CVP		
Trepp Michael	Freie Liste Verda		
von Rechenberg Susanne	BDP		
Widmer-Spreiter Martha	BDP		

Datum: 24/10/13